



Das Gespräch mit dem Bevölkerungswissenschaftler Prof. Dr. Herwig Birg führte Dr. Michael Wüstenbecker.

Foto: Wüstenbecker

„Wir brauchen künftig sehr viel mehr Solidarität...“

Ein Interview mit dem Bevölkerungswissenschaftler Prof. Dr. Herwig Birg

Das Thema ‚demografischer Wandel‘ ist mittlerweile allgegenwärtig. Was genau macht den Wandel aus?

Birg: Er hat drei Dimensionen. Da ist zunächst einmal die demografische Alterung, der Anstieg des Durchschnittsalters. Es nimmt vom Ende des 20. Jahrhunderts bis Mitte des 21. Jahrhunderts um zehn Jahre zu. Die zweite Dimension ist die Schrumpfung der Bevölkerung. Bereits seit 1972 haben wir in Deutschland Jahr für Jahr mehr Sterbefälle als Geburten. Diese Schrumpfung ist seit 2003 nicht mehr durch Einwanderung kompensiert. Und die dritte Dimension ist die Internationalisierung der Bevölkerungsentwicklung durch Wanderung.

...also migrationsbedingte Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung?

Birg: Richtig. Zwar ist die Wande-

rungsbilanz, also die Differenz zwischen Zu- und Abwanderungen immer kleiner geworden. Sie liegt derzeit zwischen 100.000 und 150.000. Aber die Brutto-Ströme hinter dieser Bilanz, also die Zuzüge und Wegzüge, sind nach wie vor beträchtlich. Es gibt jedes Jahr brutto etwa 700.000 Zuwanderungen. Verglichen mit der jährlichen Geburtenzahl, die etwas unter 700.000 liegt, ist das enorm. Das führt zu einer deutlichen Veränderung der Bevölkerungsstruktur, die man als Internationalisierung bezeichnen kann.

Deutschland ist also ein Einwanderungsland?

Birg: Auf 100.000 Einwohner gerechnet, hat Deutschland mehr Zuwanderer als die klassischen Einwanderungsländer Kanada oder Australien. Mehr heißt: etwa das Vier- bis Fünffache.

Mitunter wird von einer ‚Überalterung‘ unserer Gesellschaft gesprochen. Aus Sicht des Demografen eine sinnvolle Wertung?

Birg: Alterung ist zunächst einmal etwas Positives. Vor allem die Aussicht, weitgehend gesund altern zu können. Ein Problem wird daraus nur, wenn einer wachsenden Zahl Älterer zugleich eine schrumpfende Zahl mittlerer und jüngerer Jahrgänge gegenübersteht. Die Zahl der 20- bis 40-Jährigen etwa nimmt derzeit jährlich um rund 300.000 ab. Und diese Schrumpfung wird Jahrzehnte weiterlaufen. Das ist für ein umlagefinanziertes Renten-, Gesundheits- und Pflegesystem ausgesprochen ungünstig. Die Schrumpfung der Gruppe der Personen im Erwerbsalter hat im Übrigen nichts mit steigender Lebenserwartung zu tun. Sie liegt an der niedrigen Geburtenrate. Demografische Alterung wird häufig mit steigender Lebenserwartung assozi-



iert. Die macht aber nur ein Fünftel am Anstieg des Durchschnittsalters aus. Die anderen vier Fünftel beruhen auf der geringeren Besetzung der mittleren und jüngeren Jahrgänge. Alterung hat interessanterweise mehr zu tun mit einer Geburtenrate, die zu niedrig ist, als mit einer Lebenserwartung, die nicht hoch genug sein kann.

Wäre es für die Sozialversicherung zukunftsichernd, wenn altersgerechte Arbeitszeitmodelle Älteren (mehr) Beschäftigung ermöglichen würden?

Birg: Das könnte zumindest in der Rentenversicherung die Probleme abmildern. Länger arbeiten hilft aber nicht der Gesetzlichen Krankenversicherung, und auch nicht der Pflegeversicherung.

Würden nicht die gezahlten Sozialversicherungsbeiträge helfen?

Birg: Die Beiträge können helfen. Aber nehmen wir einmal das Gesundheitswesen: Hier werden infolge des ansteigenden Durchschnittsalters die Ausgaben zunehmen. Sowohl die Pro-Kopf-Ausgaben als auch die Zahl der Köpfe (älterer Menschen) werden zunehmen. Diese Entwicklung ist auf Jahrzehnte angelegt. Das ist aber nicht das Hauptproblem! Das Hauptproblem sind die gleichzeitig schwächeren Einnahmen, weil die Zahl der Beitragszahler zurückgeht. Die Gruppe der 20- bis 60-Jährigen schrumpft bis zur Jahrhundertmitte um rund 16 Millionen Menschen. Da kann man sich leicht ausrechnen, was das für die Beitragseinnahmen bedeutet. Als Kompensation bräuchten wir ein hohes Wirtschaftswachstum, damit wenigstens die Pro-Kopf-Einkommen rasch genug steigen, um die Problematik der abnehmenden Zahl der Köpfe abzumildern.

Sind denn Hoffnungen auf ein hohes wirtschaftliches Wachstum berechtigt?

Birg: Leider schwächelt das Wirtschaftswachstum aufgrund der demografischen Probleme ebenfalls. Das Wirtschaftswachstum hängt von drei Quellen ab: 1. vom Wachstum des Arbeitskräftebestandes, 2. vom Wachstum des Kapitalstocks und 3. von der Produktivität der Erwerbstätigen. Von diesen drei Quellen ist die erste, demografiebedingt, versiegt. Sie ist zu einer Senke geworden. Auch der Kapitalstock wächst nicht mehr wie früher, weil sich die Investitionstätigkeit mehr und mehr ins Ausland verlagert. In vielen Wirtschaftsbereichen haben wir Stagnation und Schrumpfungstendenzen, etwa im Einzelhandel. Die Investitionen reichen längst nicht mehr für ein kräftiges Kapitalstockwachstum. Als Quelle des Wachstums bleibt allein der technische Fortschritt.

Können wir diese Wachstumsquelle durch politische Maßnahmen anregen?

Birg: Das ist der richtige Weg. Wir müssen eine exzellente Bildungs- und Ausbildungspolitik betreiben. Die Produktivität einer Volkswirtschaft beginnt bei den Erziehungsleistungen in den Familien. Durch die Erziehung lernfähiger Kinder erreicht man, dass die späteren Erwerbstätigen Wissen erwerben, das sie dann in Form von wirtschaftlicher Produktivität verwerten können. Das ist inzwischen die Hauptquelle unseres Wohlstandes. Bildungspolitik muss endlich auch als wichtige Form von Wirtschaftspolitik begriffen werden.

Sie weisen auf die Erziehungsleistungen in den Familien hin. Ist die klassische Kernfamilie noch eine vorherrschende Lebensform in Deutschland?

Vortrag im Rahmen von KVWL-Dialog

Der emeritierte Bielefelder Bevölkerungswissenschaftler Prof. Dr. Herwig Birg hält im Rahmen der KVWL-Dialog-Veranstaltungsreihe am Dienstag, 9. September 2008, um 18.30 Uhr in Dortmund einen Vortrag zum Thema „Demografischer Wandel - Bedrohung für die soziale Sicherung?“

Die Teilnahme ist kostenfrei.

Informationen/Anmeldung:
KVWL-Stabsbereich Politik
Tel.: 02 31/94 32 32 33
oder E-Mail:
Gesundheitspolitik@kvwl.de

Birg: Die niedrige Geburtenrate von 1,3 bis 1,4 sagt hierzu zu wenig aus. Wir müssen schauen, welche Anteile eines Jahrgangs haben keins, ein, zwei oder mehr Kinder. So differenziert zeigt sich, dass die häufigste Familienform immer noch die mit zwei Kindern ist. Allerdings nimmt der Anteil der Menschen, die keine Kinder haben, zu. Ein Drittel der Frauen, die im Westen Deutschlands nach 1965 geboren wurde, hat zeit lebens keine Kinder. Da unter den Familien die Zwei-Kinder-Form dominiert, ergibt sich per saldo die sehr niedrige Gesamtgeburtenrate.

In familienpolitischen Debatten wird immer wieder darauf hingewiesen, dass Haushalte mit Kindern in Deutschland eine Minderheit darstellen...

Birg: ...wobei allerdings häufig vergessen wird, dass es viele Haushalte

„Die Dynamik der Arbeitsmärkte, die wir alle wollen, ist eine Katastrophe für die Stabilitätsbedingungen der Familien. Sie können nicht lebenslange Treue, Bindungsfähigkeit, absolute Verlässlichkeit gegenüber einem Lebenspartner und Kindern praktizieren, wenn Sie gleichzeitig gegenüber dem Arbeitgeber absolute Flexibilität und Mobilität an den Tag legen sollen.“

Bevölkerungswissenschaftler Prof. Dr. Herwig Birg



gibt, in denen einmal Kinder gelebt haben. Die sind halt irgendwann ausgezogen. Um die Bedeutung von Familie wissen diese Menschen sehr wohl. Und die älteren Menschen, die die Wählermehrheit bilden, sind in Familien groß geworden. Die Vernachlässigung der Familie ist politisch wie gesellschaftlich ein gefährlicher, ein falscher Weg.

Sie haben auf die Bedeutung wirtschaftlichen Wachstums hingewiesen. Sind die Anforderungen der Wirtschaft an die Menschen familienkompatibel?

Birg: Die Dynamik der Arbeitsmärkte, die wir alle wollen, ist eine Katastrophe für die Stabilitätsbedingungen der Familien. Sie können nicht lebenslange Treue, Bindungsfähigkeit, absolute Verlässlichkeit gegenüber einem Lebenspartner und Kindern praktizieren, wenn Sie gleichzeitig gegenüber dem Arbeitgeber absolute Flexibilität und Mobilität an den Tag legen sollen. Oder der politischen Maxime „Lebenslanges Lernen, lebenslange Verfügbarkeit für die Wirtschaft“ folgen sollen. Dieses Spannungsverhältnis ist die Hauptursache für die weltweit rückläufigen Geburtenraten. Das bedeutet letztlich: Wir verbrauchen die eigentliche Quellressource, wir verbrauchen die demografische Stabilität durch die wirtschaftliche Aktivität.

Aber wenn wir Flexibilität und gleichzeitig auch Stabilität benötigen: Wie gehen wir mit diesem Dilemma um?

Birg: Wir brauchen in der Tat beides. Mein Vorschlag an die Politik ist: Wir sollten bei der Besetzung jedes Arbeitsplatzes eine Grundregel einführen. Nämlich Priorität und Vorrang für Eltern bei gleicher Qualifikation der Bewerber.

Läge da nicht der Diskriminierungseinwand auf der Hand?

Birg: Nein, denn Sie diskriminieren genau dann, wenn Sie ungleiche Lebensverhältnisse gleich behandeln. Es zahlen auch nicht alle die gleichen Steuersätze. Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass man das Gleichheitsprinzip etwa verlässt, wenn man Menschen mit und ohne Kinder die gleichen Pflegeversicherungsbeiträge abverlangt. Das Antidiskriminierungsgesetz würde meinen Politikvorschlag tendenziell unterstützen. Aber ich denke, es wird noch 15 bis 20 Jahre dauern, bis man merkt, dass sich das demografische Problem nicht durch Rhetorik lösen lässt. Neuerdings wird nur noch von Chancen der Alterung und des demografischen Wandels gesprochen. Dass es auch erhebliche Risiken gibt, läuft Interessen von Wirtschaft und politischen Entscheidern offenbar zuwider.

Alt-Bundespräsident Herzog sprach unlängst von der ‚Rentnerdemokratie‘. Bringt der demografische Wandel neue Konfliktlinien in unsere Gesellschaft?

Birg: Es lassen sich vier demografisch bedingte Interessenkonflikte unterscheiden. Da ist zunächst einmal der – auf gesellschaftlicher Ebene bestehende – Konflikt zwischen Alt und Jung, der ungeachtet einer großen Sympathie auf persönlicher Ebene existent ist. Zweitens der Konflikt zwischen Menschen mit und Menschen ohne Kinder, der durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Pflegeversicherung sehr deutlich geworden ist. Folgte man dem Urteil konsequent, müssten Kinderlose auch erhöhte Beiträge in die Renten- und Krankenversicherung einzahlen. Die dritte Konfliktlinie verläuft zwischen (durch Binnenwanderung) wachsenden Regionen und solchen, die infolge Abwanderung schrumpfen. Das Grundgesetz sieht ja eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse vor. Und die vierte Konfliktlinie verläuft zwischen Zugewanderten und Nichtzugewanderten. Erstere beziehen deutlich niedrigere Einkommen und Renten, sie stellen in den größeren Städten Deutschlands demnächst aber schon die Mehrheit der Bevölkerung. Die bildungs- und arbeitsmarktpolitische Integration zugewanderter Menschen wird damit zu



einer der zentralen Herausforderungen unserer Gesellschaft.

Welche Folgen wird der demografische Wandel für die Sozialversicherungssysteme haben?

Birg: Unsere Sozialversicherung beruht auf dem Umlageverfahren - bei ausreichend hoher Geburtenrate das beste System, und das sicherste. Denn nichts ist sicherer als die nachwachsende Generation und ihre Leistungen. Kapitalanlagen unterliegen demgegenüber beträchtlichen Marktrisiken. Die Grundvoraussetzung eines solchen Systems, eine Geburtenrate von etwa zwei Kindern pro Frau, ist aber bekanntlich seit Jahrzehnten nicht mehr erfüllt. Das System kann nicht repariert werden. Sein Erhalt, das Sichern

einer ausreichenden Versorgungsleistung im Alter und bei Krankheit, ist damit zum Dauerproblem geworden. Der demografisch bedingte Lastenanstieg lässt sich auch durch exzellente Sozialpolitik nicht wegformieren. Er lässt sich nicht im Mindesten verringern. Die Politik kann die Lasten lediglich auf verschiedene Arten verteilen. Sie kann sie etwa von den Beitragszahlern auf die Steuerzahler verlagern. Unter dem Strich bedeutet die zu tragende Versorgungslast aber zwangsläufig eine Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Denn Länder mit günstigeren demografischen Strukturen haben weniger Versorgungslasten zu tragen. Demografie ist ein internationaler Standortnachteil für

Deutschland, aber auch für andere europäische Länder. Ist das demografische Problem einmal da, lässt es sich durch Politik nicht mehr aus der Welt schaffen.

Was heißt das für pflegebedürftige Menschen, für kranke Menschen?

Birg: Für sie brauchen wir künftig sehr viel mehr Solidarität. Der virulente Zeitgeist steht dem allerdings entgegen. Wenn sich aber nicht mehr Solidarität realisieren lässt, wenn die Gesellschaft nicht sehr altruistisch wird, dann wird das Versorgungsniveau künftig deutlich absinken. Und das in einem Ausmaß, das extreme Parteien außerordentlich begünstigen könnte.